

Kostüme gegen die Krise

Die schlechte Wirtschaftslage lässt die Jecken kalt: In der Karnevalssession 2008/09 machte die Spielwarenindustrie mit Kostümen und Accessoires 290 Millionen Euro Umsatz. Das waren 13 Millionen Euro mehr als 2007/08 – und das trotz Börsentief und Kurzarbeit. Auch in diesem Jahr lassen sich die Narren ihre gute Laune durch Haushaltsloch und Jobangst nicht vermiesen – viele Hersteller und Händler berichten von einer positiven Entwicklung im Karnevalsgeschäft. An den tollen Tagen des Vorjahres gingen insgesamt fast 1,9 Millionen Erwachsenenkostüme und

1,6 Millionen karnevalistische Outfits für den Nachwuchs über den Ladentisch. Bei der Wahl ihres Kostüms orientieren sich die Jecken gern an aktuellen Kino-Blockbustern wie der „Twilight“-Saga oder „Wickie“. Auch andere Branchen profitieren vom närrischen Treiben: Nach einer Studie der Boston Consulting Group sorgen Prunksitzungen, Karnevalsumzüge etc. allein in Köln jährlich für einen Umsatz von 460 Millionen Euro und sichern damit 5.000 Arbeitsplätze – unter anderem durch 540.000 zusätzliche Taxifahrten und 204.000 Friseurbesuche.

In dieser Woche

Physiker: Wer ein Physikstudium erfolgreich absolviert, dem stehen nicht nur die Türen der Forschungslabors offen. Viele Physiker arbeiten außerhalb ihres eigentlichen Fachgebiets, etwa als Ingenieure oder Unternehmensberater. Diese Flexibilität lohnt sich auch finanziell. Seite 2

Exporte & Importe: Über alle großen Warengruppen hinweg sind die Ausfuhren im Jahr 2009 abgestürzt. Besonders starke Einbußen verzeichneten die Hersteller von Investitionsgütern. Zum Jahresende hin hat sich das Exportgeschäft jedoch in allen Industriesparten wieder etwas belebt. Seite 3

Bankenregulierung: Die US-Regierung will den Banken unter anderem Sondersteuern sowie strengere Regeln für Boni und riskante Geschäfte auferlegen. Die Bundesregierung begrüßt zumindest Teile der Pläne. Doch nur eine wirklich unabhängige Aufsicht, die auf mehrere Kontrollinstrumente setzt, kann eine erneute große Finanzkrise verhindern. Seite 4-5

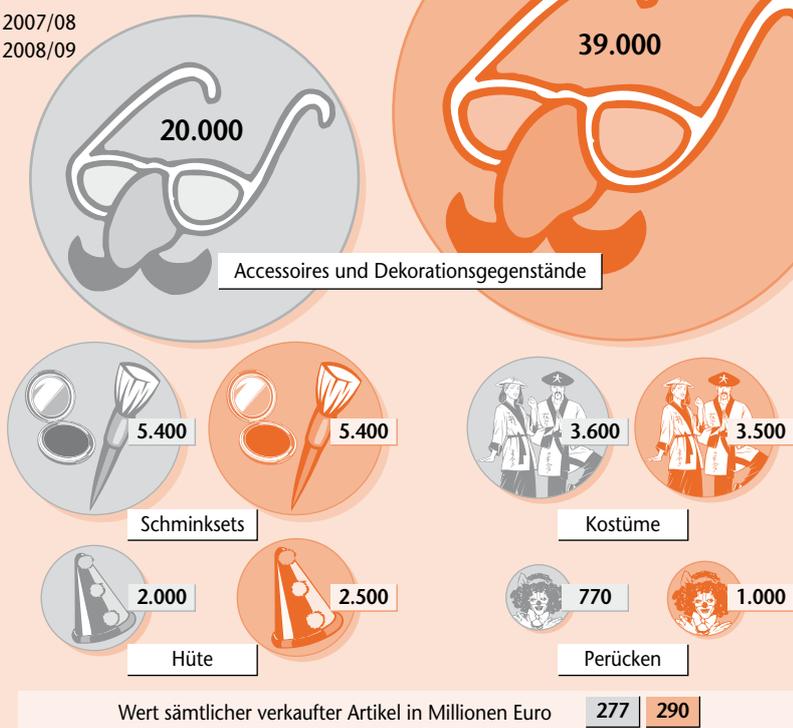
Klimapolitik: Auf dem Klimagipfel in Kopenhagen haben sich zwar fast alle Länder darauf verständigt, ihre Emissionen zu drosseln, aber die meisten Reduktionsziele bleiben hinter den Erwartungen zurück. Lediglich Deutschland will seinen CO₂-Ausstoß drastisch verringern. Seite 6-7

Textilindustrie: Durch zahlreiche Innovationen hat sich die deutsche Textilindustrie in vielen Marktnischen weltweit einen Namen gemacht. Aus der Medizintechnik, dem Fahrzeugbau oder der Logistik sind technische Textilien made in Germany nicht mehr wegzudenken. Seite 8

Karneval: Jeckes Klimbim

Verkaufte Karnevalsartikel in Tausend

■ 2007/08
 ■ 2008/09



Gesamtumsatz beinhaltet Verkäufe zu Halloween
 Quelle: Fachgruppe Karneval im Deutschen Verband der Spielwarenindustrie

Physiker

Viele lukrative Jobchancen

Wer ein Physikstudium erfolgreich absolviert, dem stehen nicht nur die Türen der Forschungslabors offen. Viele Physiker arbeiten außerhalb ihres eigentlichen Fachgebiets, etwa als Ingenieure oder Unternehmensberater. Diese Flexibilität lohnt sich auch finanziell – zehn Jahre nach dem Examen verdienen Physiker im Schnitt deutlich mehr als Absolventen anderer Studiengänge.*)

Nicht jedem winkt am Ende der Nobelpreis, wie ihn etwa im Jahr 1921 der legendäre Albert Einstein oder 2007 Peter Grünberg erhielten. Doch wer in Deutschland ein Physikstudium absolviert, erwirbt in jedem Fall ein hohes mathematisch-analytisches Denkvermögen, mit dem sich komplexe technische Probleme lösen lassen. Zudem verfügen Physiker in der Regel über profunde EDV-Kenntnisse.

Diese Fähigkeiten ebnen nicht nur den Weg zur fachspezifischen Karriere, sondern eröffnen viele weitere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dies zeigt auch eine Analyse, die das Institut der deutschen Wirtschaft Köln für die Deutsche Physikalische Gesellschaft erstellt hat. Die wichtigsten Ergebnisse:

- **Berufliche Flexibilität.** Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Gitarrist der Rockgruppe Queen, Brian May, und der Vorstandsvorsitzende von Volkswagen, Martin Winterkorn, haben zwei Dinge gemeinsam: Sie tragen einen Dokortitel der Physik und sie arbeiten außerhalb ihres Studienfachgebiets. Mit Letzterem zählen sie keineswegs zu den Ausnahmen – wie die Zahlen für das Jahr 2007 zeigen (Grafik):

Von den 93.100 Erwerbstätigen, die ein Physikstudium absolviert hatten, arbeiteten zuletzt rund drei Viertel nicht in einem Physikerberuf.

Viele von ihnen waren in verwandten technisch-naturwissenschaftlichen Be-

rufen tätig, etwa als Informatiker oder Mathematiker (15 Prozent) oder in Ingenieurberufen (7 Prozent). Andere zog es sogar in völlig fachfremde Gefilde. Beispielsweise verdiente mehr als jeder zehnte ausgebildete Physiker als Unternehmensberater oder Manager sein Geld. Und jeder Dreißigste fand als Patentanwalt, Arzt, Politiker oder in ähnlichen Berufen sein Auskommen. Damit gehören Physiker neben Volkswirten und Ernährungswissenschaftlern

Im Schnitt der vergangenen zehn Jahre haben jedoch weniger als 1.900 Physiker die Universitäten mit einem Abschluss verlassen – im Jahr 1995 gab es noch etwa 3.700 Absolventen dieses Studienfachs.

Setzt sich dieser Trend fort, droht ein gravierender Mangel an physikalisch versierten Fachkräften.

Um einem solchen Szenario entgegenzuwirken, gilt es unter anderem, die „Schwundquote“ zu verringern – in Phy-

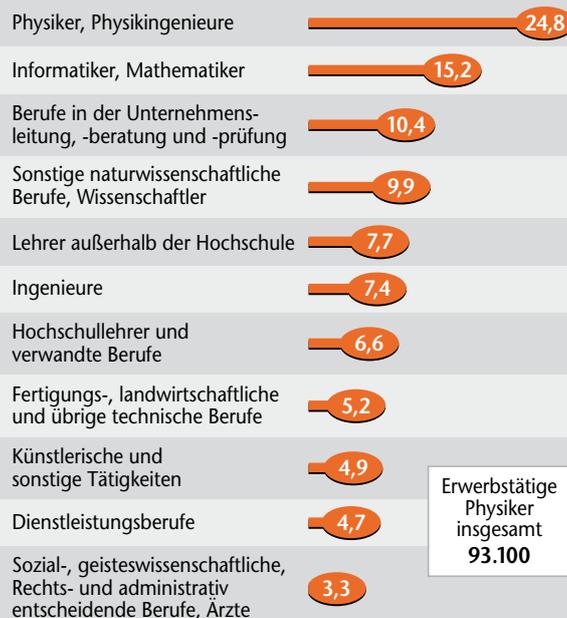
sik hält nur jeder zweite Studienanfänger bis zum Examen durch, so wenige wie in keinem anderen Fach. Dazu braucht es jedoch eine Kehrtwende in der Hochschulpolitik. Denn die Studenten wurden zuletzt von immer weniger Lehrkräften betreut: Zwischen 1997 und 2007 fielen vor allem durch Kürzungen oder Umschichtungen in den Hochschuletats der Bundesländer fast 12 Prozent der Professorenstellen im Fachbereich Physik weg.

- **Einkommen und Arbeitszufriedenheit.** Wer den steinigen Weg des Physikstudiums erfolgreich beschreitet, ist anschließend in aller Regel sehr zufrieden mit seinem Werdegang. So würden sich 87 Prozent der Absolventen wieder für dieses Fach entscheiden. Dies ist der höchste Wert aller Studiengänge. Zu diesem positiven Votum dürfte auch beitragen, dass sich das Büffeln von

Relativitätstheorie und Strömungslehre finanziell in den meisten Fällen lohnt – nach Angaben des Hochschulinformationssystems liegt das Bruttojahreseinkommen eines in Vollzeit erwerbstätigen Physikers zehn Jahre nach dem Examen um 25 Prozent über dem durchschnittlichen Wert aller Universitätsabsolventen.

Physiker: Flexibel einsetzbar

So viel Prozent der erwerbstätigen ausgebildeten Physiker arbeiteten im Jahr 2007 in diesen Berufen



Ursprungsdaten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

zu den auf dem Arbeitsmarkt flexibelsten Akademikern.

- **Fachkräftebedarf.** Bis 2012 kehren jährlich 2.200 erwerbstätige Physiker der Arbeitswelt aus Altersgründen den Rücken. In den Jahren danach wächst diese Gruppe kontinuierlich: Um 2030 werden jährlich 3.300 Physiker in den Ruhestand treten. Doch nicht nur diese Fachkräfte gilt es zu ersetzen – läuft die Wirtschaft künftig wieder rund, könnten auf dem Arbeitsmarkt pro Jahr bis zu 300 Physiker zusätzlich benötigt werden.

*) Vgl. Oliver Koppel: Physikerinnen und Physiker im Beruf – Arbeitsmarktentwicklung, Einsatzmöglichkeiten und Demografie, Studie im Auftrag der Deutschen Physikalischen Gesellschaft e.V., Köln 2010. Download unter: http://www.dpg-physik.de/veroeffentlichung/broschueren/studien/arbeitsmarkt_2010.pdf

Exporte & Importe: Schwieriges Geschäft

Über alle großen Warengruppen hinweg sind die Ausfuhren im Jahr 2009 abgestürzt. Besonders starke Einbußen verzeichneten die Hersteller von Investitionsgütern. Zum Jahresende hin hat sich das Exportgeschäft jedoch in allen Industriesparten wieder etwas belebt.

Die globale Finanz- und Konjunkturkrise traf die deutschen Exporteure mit voller Wucht und bescherte ihnen die stärksten Umsatzrückgänge seit dem Zweiten Weltkrieg. Vor allem der Warenhandel kam kräftig unter Druck. In den ersten elf Monaten des Jahres 2009 fielen die Einnahmen aus dem grenzüberschreitenden Verkauf von Industrieerzeugnissen um fast 20 Prozent geringer aus als im entsprechenden Zeitraum des vorangegangenen Jahres. Konnten die deutschen Hersteller 2008 insgesamt noch Waren für fast 1 Billion Euro an ausländische Kunden absetzen, dürfte es 2009 gerade einmal für Exporteinnahmen von rund 800 Milliarden Euro gereicht haben.

Am härtesten traf es die Produzenten von Investitionsgütern, deren Ausfuhren binnen Jahresfrist um fast 24 Prozent einbrachen. Speziell im Maschinenbau war das Minus mit gut 25 Prozent sogar noch größer. Die Exporte von Vorleistungen – dazu gehören z.B. Chemikalien und Kunststoffe – schrumpften mit mehr als 23 Prozent ähnlich stark. Auch die Konsumgüterhersteller mussten einen Rückgang von gut 17 Prozent verkraften. Dies war allerdings vornehmlich der Kfz-Branche zuzuschreiben: Deren Ausfuhren fielen von Januar bis November 2009 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um über 30 Prozent.

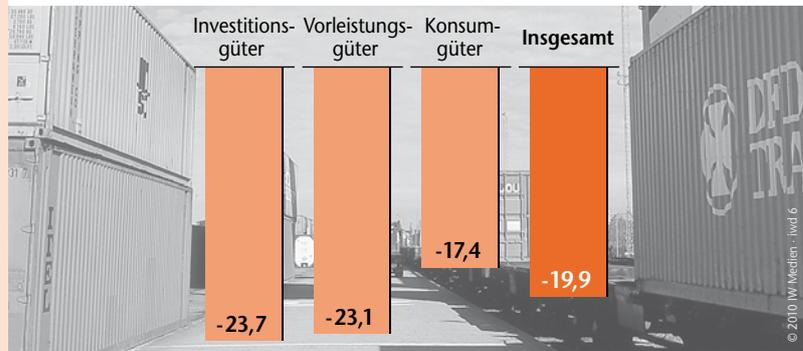
Im Verlauf des vergangenen Jahres konnten die deutschen Exporteure immerhin neue Hoffnung schöpfen. Nachdem im zweiten Quartal 2009 die Auslandsverkäufe ihr Vorjahresniveau um mehr als ein Viertel unterschritten hatten, lagen sie im Oktober und November nur noch um rund 10 Prozent unter dem Wert vom Herbst 2008.



Die Konjunktur

Exporte: Überall eingebrochen

Veränderung der deutschen Warenausfuhren von Januar bis November 2009 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum in Prozent



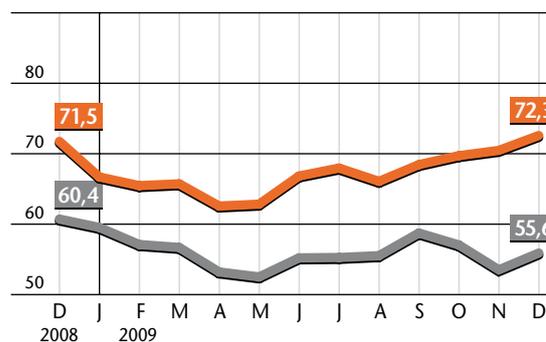
Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Deutscher Außenhandel

in Milliarden Euro — Exporte — Importe

Monatswerte



Außenhandel: nur Waren; saisonbereinigte Monatswerte
Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

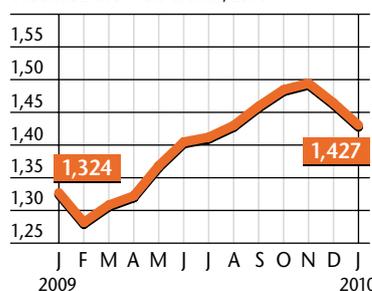
Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Jahreswerte

2006	893,0	734,0
2007	965,2	769,9
2008	984,1	805,8

Der Wert des Euro

Wechselkurs – US-Dollar/Euro



Jahreswerte	4.1.1999	2008	2009
	1,179	1,471	1,395

Euro-Wechselkurse im Januar 2010	Veränderung in Prozent gegenüber ...		
	Januar 2009	Euro-Start 4.1.1999	
1 Euro sind ...			
Dollar (USA)	1,427	7,8	21,1
Yen (J)	130,3	8,9	-2,5
Franken (CH)	1,477	-1,1	-8,7
Pfund (UK)	0,883	-3,8	24,2
Kronen (S)	10,19	-5,0	7,6
Kronen (DK)	7,442	-0,1	-0,1

Monatsdurchschnitte; Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Europäische Zentralbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Bankenregulierung

Zwischen Mut und Übermut

Die US-Regierung hat den Banken eine schärfere Gangart angekündigt. Den amerikanischen Geldhäusern drohen demnach Sondersteuern, strengere Regeln für Boni und riskante Geschäfte sowie eine Zerschlagung von „zu großen“ Instituten. Die Bundesregierung begrüßt zumindest Teile der Pläne. Doch die schwarz-gelbe Koalition sollte nicht vorzeitig handeln. Nur eine wirklich unabhängige Aufsicht, die auf mehrere Kontrollinstrumente setzt, kann eine erneute große Finanzkrise verhindern – ein Konzept des IW Köln.

Auch wenn manche bereits wieder zockten, als sei nie etwas gewesen: Die Banken mussten in den vergangenen zwei Jahren ordentlich Federn lassen. So sanken beispielsweise die Eigenkapitalrenditen von 19 großen europäischen Instituten 2008 rapide – was bedeutet, dass nicht solide gewirtschaftet wurde (Grafik Seite 5):

Während die Geldhäuser im Jahr 2007 im Schnitt noch Erträge von knapp 12 Prozent ihres Eigenkapitals erzielen konnten, verzeichneten sie 2008 rund 8 Prozent Verlust.

Immerhin besserte sich die Lage im vergangenen Jahr wieder. Doch all diese anonym gehaltenen Durchschnittszahlen maskieren, dass einige Banken sehr hohe Einbußen hinnehmen mussten – von bis zu 85 Prozent ihres Eigenkapitals.

Die schlechten Ergebnisse der Banken treffen zunächst nur die Aktionäre.

Bedenklicher ist, dass sich die Regierungen genötigt sahen, das Finanzsystem massiv zu unterstützen – und das finanziert der Steuerzahler. Um in Not geratenen Banken mit Kapital auszuweichen, wurde in Deutschland der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung, kurz Soffin, gegründet (Kasten). Er zahlte zum Beispiel 18 Milliarden Euro Eigenkapitalhilfe an die Commerzbank. Auf diese Weise wurde die Bundesregierung zum größten Anteilseigner der Bank.

Zurzeit hat der Soffin insgesamt 192 Milliarden Euro bereitgestellt (Grafik). Und bisher ist der Fonds für den Staat sogar ein lohnendes Geschäft:

Im vergangenen Jahr hat der Soffin allein aus Zinsen für Garantien rund 650 Millionen Euro eingenommen.

Doch dieses Polster könnte ganz schnell wieder schrumpfen, da in den Bilanzen der Banken noch viel Wertberichtigungsbedarf schlummern dürfte. Die Krise ist also längst nicht ausgestanden. Um künftige Schief lagen zu vermeiden oder zumindest besser in den Griff zu bekommen, sollte sich der Staat daher nun um eine neue Regulierung des Finanzmarktes kümmern.

Momentan bestimmen die sogenannten Basel-II-Vorschriften die Bankenregulierung. Vor allem strengere Eigenkapitalvorschriften stehen hier auf der Reformagenda. Die Logik dahinter: Wenn Banken mit geringem Eigenkapital Verluste erleiden, werden sie von Geschäftspartnern als labil angesehen. Und dann setzt sich eine Abwärtsspirale in

Gang: Die misstrauischen Gläubiger verlängern ihre Kredite nicht mehr; der Bank fehlt Geld; sie muss Aktiva verkaufen, andere Gläubiger finden oder zusätzliches Eigenkapital auftreiben. Wenn das nicht schnell genug gelingt, droht die Pleite. Nahezu alle Beobachter gehen mittlerweile davon aus, dass genau dieser Prozess mitverantwortlich für die Finanzkrise war.

Es ist jedoch falsch, nur mehr Eigenkapital einzufordern. Wenn lediglich ein Instrument eingesetzt wird, muss dieses besonders streng sein, um ein bestimmtes Sicherungsniveau zu erreichen. Dadurch laufen die Regulierer aber Gefahr, zu übertreiben. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) plädiert daher für einen Mix aus verschiedenen Instrumenten:

- **Unabhängige Aufsicht.** Den Finanzmarkt in Deutschland überwacht die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin). Das Problem dabei: Die Bafin ist zwar eine selbstständige Einrichtung, untersteht aber der Aufsicht des Bundesfinanzministeriums, ist letztendlich also nicht unabhängig von politischer Einflussnahme.

Freier als die Bafin ist der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, der sich

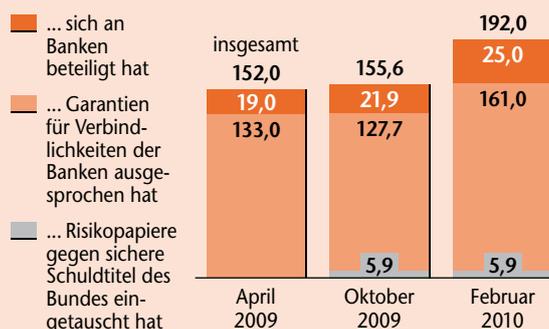
vierteljährlich bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel trifft. Die Mitglieder aus 27 Ländern geben Richtlinien und Empfehlungen aus, um hohe einheitliche Standards in den Banken zu etablieren. Sie haben allerdings weder Zugang zu den Büchern der einzelnen Banken oder den jeweiligen Länderaufsichten – und so nicht genug Wissen und auch nicht das Personal, um selbst Regeln effektiv umzusetzen.

Eine stärkere und de facto unabhängige deutsche Aufsicht sollte an der Seite der Bafin arbeiten und die Bundesanstalt unterstützen. Sie sollte Zugang zu den Akten der Aufsicht und der

Soffin: Rettungsanker für Banken

Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin) wurde von der Bundesregierung im Herbst 2008 ins Leben gerufen, um unter der Finanzmarktkrise leidenden Banken mit Kapital und Garantien auszuweichen.

So viele Milliarden Euro hat der Soffin in diesen Monaten eingesetzt, indem er



Ursprungsdaten: Soffin

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Banken haben und regelmäßig öffentlich berichten. Befürchtungen, eine strengere Kontrolle schade dem Standort Deutschland, sind unbegründet. Denn das Gegenteil dürfte der Fall sein: Eine gute Aufsicht garantiert solide Banken.

• **Neue Eigenkapitalanforderungen.** Das finanzielle Rückgrat einer Bank ist ihr Eigenkapital. Dieses sollte immer größer sein als die Summe aller Risikopositionen, um selbst bei extremen Verlusten noch liquide zu sein. Allerdings gibt es für die Finanzaufsicht ein Problem: die Festlegung der richtigen Eigenkapitalhöhe. Die meisten Banken sind über Kreditgeschäfte miteinander verflochten. Hat die eine nicht genügend „Rückgrat“, kommt vielleicht auch eine andere ins Wanken – ein Teufelskreis.

Von daher ist es sinnvoll, erst einmal sämtliche Risikopositionen der Banken zusammenzufassen und sich zu fragen: Wie viel trägt die einzelne Bank dazu bei? Erst wenn dies klar ist, können dem einzelnen Institut und der gesamten Branche Vorschriften gemacht werden.

• **Eigenkapital durch Wandelanleihen.** Eine Wandelanleihe ist ein im Grundsatz festverzinstes Wertpapier. Nach einer festgelegten Zeit kann der Käufer entweder das so angesparte Geld mitnehmen oder die Anleihe wird in eine vorher bestimmte Anzahl an Aktien umgewandelt – das Unternehmen beziehungsweise die die Anleihe ausgebende Bank erhält damit Eigenkapital, während der frischgebackene Aktionär nun Gewinnchancen hat, seinen Anspruch auf eine feste Auszahlung jedoch verliert.

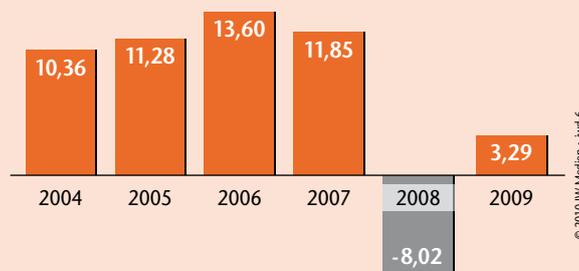
Hier wäre ein guter Ansatz für neue Regeln: Ist ein Kreditinstitut in eine Schieflage geraten, sollte die Finanzaufsicht bestimmen, wann und wie viele Wandelanleihen in Aktien getauscht werden müssen. Die Finanzierung der Bank wird durch den Wandel solider, weil weniger feste Ansprüche vorliegen.

• **Spezielles Insolvenzrecht.** In der vergangenen Finanzmarktkrise war auch der Staat ein Verlierer. Die Geldhäuser waren zu groß und zu sehr miteinander verflochten, als dass der Staat glaubhaft

Rendite: Banken in der Krise

Die Eigenkapitalrendite ist das Verhältnis des Gewinns einer Bank zum Eigenkapital; sie gibt also an, wie erfolgreich – oder aber bei geringem Eigenkapital riskant – das Eigenkapital eingesetzt wurde. Die Rendite ist aber auch dann hoch, wenn das Eigenkapital niedrig ist und die Bank sich entsprechend verschuldet.

Durchschnittliche Erträge von 19 großen, international aktiven Banken des Eurogebiets in Prozent des Aktionärs Eigenkapitals



Aktionärs Eigenkapital: durch Aktien gedecktes Kapital; 2009: erstes Halbjahr; Quelle: Europäische Zentralbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

hätte drohen können, einzelne Institute pleitegehen zu lassen. Denn dieser Fall ist weder im aktuellen Insolvenz- noch im Aktienrecht auf praktikable Weise geregelt – auch nicht für offensichtlich bankrotte Banken.

Die Abwicklung einer Bank ist umso schwieriger, je komplexer das Institut ist.

Soffin – Der Bankenretter

Auf dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise im Herbst 2008 rief die Bundesregierung den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin) ins Leben. Dieser Staatstopf kann Banken einmal damit unterstützen, indem er ihnen Eigenkapital zuschießt – sich also an der Bank beteiligt. Er übernimmt auch risikoreiche Papiere einer Bank – die sogenannten toxischen Forderungen – und tauscht sie gegen sichere Schuldtitel des Bundes ein. Zudem spricht der Soffin Garantien für Verbindlichkeiten der Banken aus und sorgt somit dafür, dass die Geldhäuser liquide bleiben.

Insgesamt sind 80 Milliarden Euro für Eigenkapitalhilfen und Risikoübernahmen vorgesehen. Für Garantien stehen dem Soffin 400 Milliarden Euro zur Verfügung, plus einer Risikovorsorge von 20 Milliarden Euro, falls eine Bank, deren Verbindlichkeiten garantiert wurden, doch in Zahlungsnot gerät. Selbstverständlich hoffen alle Beteiligten, dass die Garantien nie fällig werden. Im günstigsten Fall profitiert der Staat sogar aus den Garantiegebühren und Zinseinnahmen.

Bisher werden die Banken regelrecht dafür belohnt, undurchsichtig verwoben zu sein – eine geordnete Insolvenz wäre selbst mit einem entsprechenden Gesetz kaum realistisch.

Ein spezielles Insolvenzrecht für Banken müsste daher die Geldhäuser dazu verpflichten, selbst einen Krisenplan aufzustellen, um damit stufenweise ihre eigene Abwicklung möglich zu machen. Dieser Plan sollte zudem vierteljährlich von der Aufsichtsbehörde geprüft und aktualisiert werden.

Die Aufspaltung großer Banken, wie sie ein Gesetzentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums vorsieht, ist hingegen bedenklich. Denn dieser Eingriff wird nicht mit wettbewerbsgefährdender Vormachtstellung oder Machtmissbrauch begründet, wie dies z.B. beim Fusionsverbot der Fall ist. Die Aufspaltung wird allein mit der Größe der Bank gerechtfertigt – doch wo die Grenze zwischen groß und klein verläuft, bleibt unklar.

• **Geschäftsmodell.** Ginge es nach dem US-Präsidenten, dürften Banken, die Kunden betreuen, künftig keinen Eigenhandel mehr betreiben – also jene Investmentgeschäfte, die die Geldhäuser zwar mit Einlagen der Kunden, aber ohne deren Antrag tätigen. Institute, die sich nicht an diese Vorschrift halten, sollen laut Obama auch nicht mehr mit Steuermitteln gerettet werden.

Dabei waren weder die Pleitebanken Bear Stearns und Lehman Brothers noch der Versicherungskonzern AIG oder die Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac normale Kundenbanken – dennoch sprang ihnen der Staat zur Seite. Es ist schlicht unglaublich, nur Kundenbanken retten zu wollen. Denn dies würde auch bedeuten, dass die Regulierungen bei diesen Instituten strenger sein müssten als bei Investmentbanken; schließlich würde im Fall einer Pleite der Steuerzahler zur Kasse gebeten. Doch ungleich schärfere Vorschriften provozieren geradezu einen neuen „schattigen“ Sektor. Und der kann schnell ein ganzes System gefährden und somit wieder Rettungsmaßnahmen erforderlich machen.

Die Zukunft der Mobilität



Ob Fliegen, Autofahren oder Seereisen – ohne billiges Öl wären all diese Formen des massenhaften Fortkommens kaum möglich. Doch die fossilen Energien – ob in Form von Kohle oder Rohöl – sind endlich. Auf lange Sicht werden wir deshalb unser Verständnis von Mobilität verändern müssen – das zumindest meinen die Verfasser des Buchs „Postfossile Mobilität“.

Allerdings dürfte dieser Wandel vom „fossilen Verkehr“ zu einem neuen System ein langwieriger Prozess sein, der von allen Beteiligten massive Verhaltensänderungen erfordert. Doch statt Verlustängste zu schüren, setzen die Autoren auf positive Visionen. Das Buch widmet sich deshalb weniger den technischen Aspekten der Übergangsphase, sondern beschäftigt sich stark mit den Prozessen, die ihrer Ansicht nach in den Köpfen der Menschen stattfinden müssen. Dabei geht es um den Versuch, eine „neue mentale Landkarte“ für die postfossile Mobilität zu entwickeln, bei der es nicht mehr nur entscheidend ist, schnell von einem Ort zum anderen zu gelangen.

Das Autorentrio betont vor allem den Ansatz der Entschleunigung; ihrer Ansicht nach wird die Menschheit künftig mehr zu Fuß gehen, mehr Rad fahren und mehr öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Das neue Mobilitätsverständnis wird vor allem davon geprägt sein, dass sich Menschen und Güter nicht nur häufig langsamer fortbewegen als heutzutage, sondern auch vorwiegend über kürzere Distanzen. Das Fliegen etwa wird demnach zum Luxus – vor allem für solche Waren, die vergleichsweise billig, haltbar und schwer sind.

Die Verfasser präsentieren viele ökonomische, ökologische und soziale Aspekte des Verkehrssystems und gehen damit weit über die zumeist technisch verhaftete verkehrswissenschaftliche Diskussion hinaus. Doch in diesem weit gefassten Rahmen bleibt der Wegweiser vielfach unbestimmt. Wie genau die postfossile Mobilität aussehen könnte, erfährt der Leser nicht – der Rollator als Mobilitätsrevolution für Senioren kann auf jeden Fall nicht die Lösung sein.

Thomas Puls

Jörg Schindler, Martin Held, Gerd Würdemann: Postfossile Mobilität – Wegweiser für die Zeit nach dem Peak Oil, VAS-Verlag für Akademische Schriften, Bad Homburg, 2009, 301 Seiten, ISBN 978-3-88864-422-1, 19,80 Euro

Klimapolitik

Eine Frage der Effizienz

Wie sieht eine vernünftige Klimapolitik aus? Der Klimagipfel in Kopenhagen hat auf diese Frage keine zufriedenstellende Antwort gefunden. Zwar haben sich fast alle Länder darauf verständigt, ihre klimaschädlichen Emissionen zu drosseln, doch die meisten Reduktionsziele bleiben hinter den Erwartungen zurück. Lediglich Deutschland will seinen CO₂-Ausstoß drastisch verringern.*)

Das Ziel war hochgesteckt: Auf dem Kopenhagener Klimagipfel im Dezember 2009 sollte der globale Temperaturanstieg begrenzt werden – und zwar auf maximal zwei Grad bis zum Ende des Jahrhunderts. Um den Kampf gegen die Erderwärmung zu gewinnen, hätten alle Staaten drastische Einsparungen beim Treibhausgasausstoß zusichern müssen; darüber hinaus wollten die Konferenzteilnehmer eine Art ökologischen Marshallplan für die Schwellen- und Entwicklungsländer aus der Taufe heben, damit auch die armen Staaten über ausreichend finanzielle Mittel für eigene Klimaschutzprojekte verfügen.

Von all dem ist wenig zustande gekommen – die Konferenz ging ohne ein verbindliches Abkommen zum globalen Klimaschutz zu Ende. Streit gab es vor allem um die Emissionen. So hat es beispielsweise China, der weltweit größte Verursacher von Treibhausgasen, versäumt, sich mit klaren Begrenzungen dem Umweltschutz zu verpflichten.

Doch auch unter den Industrieländern gibt es nicht nur Klimaretter (Grafik):

Mit CO₂-Reduktionszielen von bis zu 30 Prozent preschen lediglich die Schweiz, Neuseeland sowie die Europäische Union nach vorn. Die USA und Kanada wollen ihre Emissionen nur um knapp 4 respektive 3 Prozent zurückfahren, während Australien sich sogar eine Steigerung um 10 Prozent vorbehält.

Norwegen und die Bundesrepublik möchten sich dagegen als besonders eifrige Klimaschützer profilieren. So will Deutschland seine Emissionen bis zum Jahr 2020 nicht nur um das EU-Maximum von 30 Prozent senken, sondern sogar um 40 Prozent. Da die Staatengemeinschaft

nach dem Scheitern des Klimagipfels ihr Reduktionsziel aber vermutlich nur bei der unteren Latte, also bei 20 Prozent, ansetzen wird, nützen die zusätzlichen

Klimaschutz: Breiter Zielkorridor

Diese Treibhausgasreduktion bzw. -erhöhung streben die Industrieländer laut Kopenhagener Klimakonferenz an, in Prozent

Australien	▶	+10,8 bis -13,0	© 2010 IW Medien - iwd 6
USA	▶	-3,9	
Kanada	▶	-2,9	
Neuseeland	▶	-10,0 bis -20,0	
EU-27	▶	-20,0 bis -30,0	
Schweiz	▶	-20,0 bis -30,0	
Japan	▶	bis zu -25,0	
Norwegen	▶	-30,0 bis -40,0	

Treibhausgasreduktion: bis 2020 gegenüber 1990; Ursprungsdaten: UN-Klimasekretariat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

deutschen Kraftanstrengungen vergleichsweise wenig. Während hierzulande besonders anspruchsvoller Klimaschutz betrieben wird, bleibt der Rest der EU von weiteren Umweltschutzaufgaben und -maßnahmen weitgehend verschont.

Für die deutsche Wirtschaft hat das ehrgeizige Klimaziel der Bundesregierung weitreichende Konsequenzen. Zum einen vergrößert sich der Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Ländern, die ihren Unternehmen deutlich niedrigere Klimaschutzkosten aufbürden. Zum anderen findet effiziente, klimaschonende Technik made in Germany weniger Absatzchancen im Ausland, weil dort vielerorts der Druck geringer ist, nachhaltig zu wirtschaften.

Auch die Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsvorhaben in

*) Hubertus Bardt: Grundzüge einer effizienten Klimapolitik, IW-Positionen Nr. 42, Köln 2009, 64 Seiten, 11,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.iwmedien.de

Entwicklungsländern ist in Kopenhagen nicht richtig vorangekommen. Zwar sieht das Abschlussdokument eine Finanzspritze für die armen Staaten in Höhe von 100 Milliarden Dollar jährlich ab 2020 vor, doch wer das Geld tatsächlich zur Verfügung stellen soll, ist offen. Ebenso ist das spätestens für 2012 geplante erste Klimahilfspaket für die Entwicklungsländer, welches 30 Milliarden Dollar umfassen soll, noch längst nicht fertig geschnürt.

Dass Klimaschutz nicht nur Anstrengungen verursacht, sondern auch viel Geld kostet, steht außer Frage. Umso wichtiger ist es, die Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Das ist allerdings nicht immer der Fall, wie folgendes Beispiel zeigt: Das Integrierte Energie- und Klimaprogramm der Großen Koalition, besser bekannt als „Klimapakete“, soll dafür sorgen, dass in Deutschland weniger Energie verbraucht wird und/oder der Anteil an regenerativen Energien steigt. Berechnungen zeigen (Grafik):

Die Umsetzung der acht teuersten Maßnahmen des Klimapakets kostet ab dem Jahr 2020 jährlich fast 11 Milliarden Euro. Das Ganze wäre bei gleicher Klimawirkung 8,8 Milliarden Euro günstiger zu bewerkstelligen, wenn alternative Maßnahmen realisiert werden könnten.

Möglich würde dies beispielsweise durch Investitionen in internationale Klimaschutzprojekte. Denn in Ländern wie China oder Indien ist die Kohlendioxidre-

Klimaschutzprojekte: Enormes Potenzial

Erwartete jährliche Treibhausgasreduktion durch bereits bewilligte internationale Klimaschutzprojekte in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten

China	202,0
Indien	40,3
Brasilien	20,9
Südkorea	14,9
Mexiko	9,4
Malaysia	4,8
Chile	4,7
Argentinien	4,2
Nigeria	4,2
Indonesien	4,1
Andere	31,5
Insgesamt	341,0

Stand: Januar 2010
Quelle: UN-Klimasekretariat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Klimapakete: Es ginge deutlich günstiger

Im Jahr 2007 beschloss die Große Koalition ein umfangreiches Klimapakete mit insgesamt 29 Maßnahmen, das bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Kohlendioxid in Deutschland um annähernd 40 Prozent gegenüber 1990 verringern soll.

Jährliche Kosten und CO₂-Einsparpotenzial der acht teuersten Maßnahmen ab 2020

	in Millionen Euro	in Millionen Tonnen
Ausbau der erneuerbaren Energien im Strombereich	2.250	50
Ausbau von Biokraftstoffen	2.142	11,9
Reduktion der Emissionen fluoriertes Treibhausgas	2.100	17,5
Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz	2.069	17,1
Elektromobilität	2.009	4,9
Einspeiseregulierung für Biogas in Erdgasnetze	193	3,5
Energetische Modernisierung von Gebäuden	154	1,4
Verbesserte Lenkungswirkung der Lkw-Maut	39	0,5
Insgesamt	10.956	106,9

Je eingesparte Tonne Kohlendioxid kosten diese acht Maßnahmen 45 bis 470 Euro. Mit alternativen Maßnahmen – beispielsweise Klimaschutzprojekten im Ausland – ließen sich die Kosten auf 20 Euro je Tonne begrenzen und ließe sich die gleiche Menge CO₂ für weniger Geld einsparen.

Jährliche Kosten der CO₂-Minderung von 107 Millionen Tonnen in Millionen Euro ab 2020

Bei Umsetzung des Klimapakets	10.956
Bei alternativen Maßnahmen	2.136

Ursprungsdaten: Bundesregierung

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

duktion meist viel preisgünstiger zu haben als in den meisten Industrieländern. So belaufen sich die Kosten für eine Tonne Kohlendioxid, die im Rahmen des Klimapakets eingespart wird, hierzulande im ungünstigsten Fall auf 470 Euro. Im Ausland lässt sich eine Tonne CO₂ dagegen mitunter schon für 20 Euro einsparen.

Die Idee ist nicht neu – bereits im Kyoto-Protokoll taucht dieses flexible Instrument auf: vor allem als sogenannter Clean Development Mechanism (CDM). Dieser Mechanismus funktioniert wie folgt: Ein Unternehmen investiert im Ausland in ein Projekt zur CO₂-Reduktion – Osram und RWE haben beispielsweise im Jahr 2008 Millionen von Energiesparlampen in Indien verteilt und damit vor Ort die relativ hohen Emissionen reduziert, die mit der Stromerzeugung einhergehen. Im Gegenzug erhält der investierende Betrieb Emissionszertifikate, die er sich sonst an der Börse hätte kaufen müssen. Im Ergebnis wird also das Klima genauso stark verbessert wie bei einer Maßnahme, die ausschließlich im Inland stattfindet, aber zu deutlich geringeren Kosten. Hinzu kommt, dass das Land, in dem die Klimainvestition getätigt wurde, nicht nur von den besseren Umweltbedingungen, sondern auch

von den importierten modernen Technologien profitiert.

Nach einigen Anlaufschwierigkeiten ist das CDM-Geschäft mittlerweile in Gang gekommen (Grafik):

So werden mittels internationaler Klimaschutzprojekte jährlich rund 341 Millionen Tonnen Treibhausgas eingespart.

Und es dürften noch deutlich mehr werden: Rund 2.200 Projekte hat die UNO-Klimaorganisation bereits anerkannt, mehr als 4.200 sind noch in der Pipeline. Die meisten Klimaschutzprojekte werden derzeit in China realisiert – fast 60 Prozent der Emissionsminderungen, die im Rahmen von CDM-Geschäften erzielt werden, kommen dem Reich der Mitte zugute.

Da in Kopenhagen kein neues Klimaschutzabkommen zustande kam, ist allerdings unklar, welche Zukunft solche Projekte in Schwellen- und Entwicklungsländern künftig haben. Eine Einschränkung hätte auf jeden Fall negative Folgen: Der Klimaschutz würde sich verteuern, weil die Kostenvorteile der internationalen Projekte nicht mehr genutzt werden könnten. Viele sinnvolle Klimaschutzmaßnahmen dürften somit auf der Strecke bleiben.

Textilindustrie

Von wegen Auslaufmodell

Durch zahlreiche Innovationen hat sich die deutsche Textilindustrie in vielen Marktnischen weltweit einen Namen gemacht. Gerade aus Branchen wie der Medizintechnik, dem Fahrzeugbau oder der Logistik sind technische Textilien made in Germany nicht mehr wegzudenken.

Riesige Produktionshallen, in denen an unzähligen Nähmaschinen Kleidungsstücke für Modeketten gefertigt werden – beim Begriff Textilindustrie denken wohl viele zuerst an dieses typische Schulbuch-Bild. Für Deutschland ist es allerdings schon lange nicht mehr aktuell. Der Konkurrenzdruck aus Niedriglohnländern hat zu einem starken Konzentrationsprozess sowie der Auslagerung ganzer Produktionslinien nach Asien, Afrika und neuerdings Osteuropa geführt.

Das hatte weitreichende Konsequenzen für den Textilstandort Deutschland: Im Jahr 1957 gab es in der westdeutschen Textilindustrie knapp 650.000 Arbeitsplätze in Unternehmen mit mindestens 20 Mitarbeitern. Im Jahr 2008 waren es in der gesamten Bundesrepublik trotz des Bevölkerungswachstums und der Wiedervereinigung nur noch etwa 120.000 Beschäftigte.

Allerdings ist dieser Rückgang kein Indiz dafür, dass auch die Innovationskraft der Textilbranche nachgelassen hat.

Eher das Gegenteil ist der Fall: Das verbreitete Bild der Textilindustrie als „Lowtech“-Sektor gilt für Deutschland nicht. Denn während in Asien hauptsächlich Massenware produziert wird, liegt der Branchenfokus in Deutschland inzwischen auf der Entwicklung innovativer technischer Textilien und textiler Verbundstoffe, sodass die Intensität von Forschung und Entwicklung (FuE) der hiesigen Textilbranche deutlich höher ist als im Durchschnitt der OECD. Ein weiteres Indiz für den Trend zur Hochtechnologie:

Im Jahr 2007 waren rund 36 Prozent der Unternehmen in der Forschung aktiv – im Jahr 2000 war es erst ein gutes Viertel.

Unterstützt wird diese Entwicklung durch die zunehmende Vernetzung der Produzenten mit den 17 Instituten und Forschungseinrichtungen der Textilbranche in Deutschland.

Die Investitionen in die Forschung tragen Früchte (Grafik):

Mit Produktneuheiten erzielt die Textilindustrie hierzulande mittlerweile 27 Prozent ihres Umsatzes. Damit liegt sie nur hinter den besonders innovativen Branchen der Metall- und Elektro-Industrie, aber vor allen anderen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes.

Der Umsatzanteil mit Marktneuheiten – also Innovationen, die noch kein anderes Unternehmen am Markt eingeführt hatte – konnte von 4 Prozent im Jahr 2000 auf 8 Prozent im Jahr 2007 verdoppelt werden.

Dank ihrer Innovationskraft kommen Teile der hiesigen Textilindustrie inzwischen weitgehend ohne pflanzliche und tierische Ausgangsstoffe aus, denn sie

Textilindustrie: Viel neuer Stoff

So viel Prozent des Umsatzes erzielte die jeweilige Branche im Jahr 2007 durch Produktneuheiten



Produktneuheiten: Neue oder merklich verbesserte Produkte bzw. Dienstleistungen, die ein Unternehmen innerhalb des zurückliegenden Dreijahreszeitraums auf den Markt gebracht hat.

Quelle: ZEW

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Für Adressaufkleber